

## >Bittere Wahrheit<

von Michael Morris

>Am 26. September gab der Börsenhändler Alessio Rastani der BBC ein Interview, das seitdem im Internet für Aufregung sorgt. Warum? Weil Rastani als einer der ersten seiner Zunft öffentlich aussprach, was ich bereits vor einem halben Jahr [in meinem Buch](#) ausführlich schilderte, nämlich dass der Euro längst Geschichte ist, wir vor dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft stehen und unsere Politiker bei all dem in Wahrheit überhaupt nichts mehr mitzureden haben.

»Die Welt wird nicht von Politikern regiert, sondern von Goldman-Sachs«, lautete eine der markantesten Aussagen Rastanis (1). Am Spannendsten fand ich persönlich bei dem Interview aber Rastanis Gegenüber. Die Moderatorin begann ob der Worte des Börsenhändlers zu stammeln, und bei der BBC breitete sich Sprachlosigkeit aus. Es war herrlich zu beobachten, wie Journalisten, die sich für gebildet und wissend hielten, aus allen Wolken fielen, so, als hätten sie zum ersten Mal begriffen, dass es nicht nur um das Geld und den Wohlstand anderer Menschen geht, sondern um ihre eigene Existenz.

Den meisten Ökonomen und Händlern ist natürlich seit langem klar, dass weder der Euro zu retten ist, noch es mit der Weltwirtschaft demnächst wieder bergauf gehen kann. Dass sich der größte Teil der Politiker und Journalisten dazu anders äußert, liegt entweder daran, dass sie persönlich von der Situation profitieren oder aber, dass sie zu feige sind, die Wahrheit zu sagen. Ein dritter Grund jedoch ist – wie bei der sympathischen Dame von der BBC – ein völliges Fehlen wirtschaftlichen Sachverstands. Es scheint tatsächlich immer noch eine Menge Journalisten zu geben, die den Worten der Politiker Glauben schenken. Das ist beängstigend!

In Wahrheit ist es so, dass weder eine Rettung Griechenlands, noch die unserer Gemeinschaftswährung möglich ist. Man kann das Unausweichliche bestenfalls verzögern. Unser Geld, das gegenwärtig (ohne Maß und Ziel) für die vermeintliche Rettung von irgendwas oder irgendwem ausgegeben wird, fließt immer nur den Banken zu, weil es für die Tilgung von Schulden benutzt wird. Genau diese Schulden sind das Problem. Des Pudels Kern ist das Recht der Privatbanken, Geld schöpfen zu dürfen. Mit jedem Kredit, den sie vergeben, erfinden sie neues Geld (»Fiat-Geld«), das sie verleihen. Dadurch steigt die gesamte Geldmenge, was zu Entwertung (Inflation) führt. Aber die Krönung des Ganzen ist das Recht der Banken, Zinsen für das verliehene Geld verlangen zu dürfen. Das Geld für die zu bezahlenden Zinsen wird nämlich von den Banken nicht dazu geschaffen. Das bedeutet, dass es nicht existiert! Folglich ist es für alle Kreditnehmer unmöglich, ihre Kredite zurückzuzahlen, weil insgesamt gar nicht genug Geld dafür vorhanden ist. Es kann immer nur ein Teil der Banken-Sklaven seine Schulden begleichen. Das Geld für die Zinsen muss er anderen wegnehmen, weil er es selbst ja auch nicht hat. Es muss also in diesem System immer Verlierer geben – Menschen oder ganze Staaten, die alles verlieren, damit andere Menschen oder Staaten überleben können. Das nennt man dann »gesunden Wettbewerb«.

Das ist das simple Prinzip, nach dem unser Geldwesen funktioniert. In der EU ist Griechenland (neben Irland, Spanien und Portugal) der Verlierer. Das muss so sein, damit Deutschland, Österreich, Finnland und Holland überleben können. Einer (oder mehrere) MÜSSEN im Schuldgeldsystem verlieren. Wir sollten den Griechen also dankbar sein, dass sie diese Rolle übernommen haben (2).

Politiker, Journalisten, Universitätsprofessoren sind letztlich alle nur (bewusst oder unbewusst) Handlanger der mächtigsten Menschen auf diesem Planeten: den Besitzern der Großbanken. Die wenigsten von ihnen sagen die Wahrheit, weil sie Angst davor haben, ihr bequemes Leben und ihren Status zu verlieren.

Am 25. Juli führte Prof. Schachtschneider in einem Interview aus, dass Frau Merkel im Grunde schon lange nichts mehr zu sagen habe. Außerdem bezeichnet Schachtschneider den Schweizer Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann als den wichtigsten deutschen

## >Bittere Wahrheit<

Politiker (3). Das sind klare Worte, wie wir sie in dieser Form nur selten zu hören bekommen.

Es gibt genügend Menschen mit Herz und Verstand, die auf die wahren Hintergründe unseres verqueren Wirtschaftssystems aufmerksam machen. Aber es gibt offenbar nur wenige, die zuhören. Wer noch immer nicht begriffen hat, worauf das alles gerade hinausläuft, dem ist wahrscheinlich nicht mehr zu helfen. Obwohl ein kurzer Blick auf die Ereignisse der 1930er Jahre da durchaus Aufschluss geben könnte.

Die Mächtigen dieser Welt haben offenbar einen Plan, der als »die neue Weltordnung« bezeichnet wird. Dieser Plan sieht vor, einzelne Staaten, einzelne Währungen und Regierungen abzuschaffen, und sie durch einen Weltstaat, eine Weltregierung und durch eine einzige Währung zu ersetzen. Ob diese dann Bancor oder Amero heißen würde, ist unwichtig. Fest steht: Wir bewegen uns in diese Richtung!

Was würde eine Weltwährung bedeuten? Diktatur! Wie weit sind wir davon noch entfernt? Nur einen ganz kleinen Schritt!

Die EU und der Euro waren die Vorstufe, als nächstes wird man uns eine noch größere Lösung anbieten: eine Gemeinschaft mit den USA und Kanada vielleicht. Frau von der Leyen hat ja bereits vor kurzem angedeutet, dass sie sich die »Vereinigten Staaten von Europa« (4) vorstellen könnte. Herr Schäuble stößt in dasselbe Horn. Wer zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine solche Aussage tätigt, ist entweder völlig von Sinnen oder verfolgt einen anderen Plan. Genau solche Aussagen sind es, die uns langsam aber sicher auf die Neue Weltordnung im Sinne der geheimen Machthaber vorbereiten sollen. Wie sicher sich diese fühlen, beweisen sie uns immer wieder.

Josef Ackermanns für 2012 geplanter Wechsel vom Vorstandsvorsitz der Deutschen Bank in deren Aufsichtsrat sei, laut Joachim Pfeiffer, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, rechtlich äußerst fragwürdig, da es per Gesetz für solche Wechsel eine Pause von mindestens zwei Jahren zwischen den zwei Ämtern braucht. Aber um solche Kleinigkeiten macht Ackermann sich doch keine grauen Haare. Auch die Tatsache, dass die Deutsche Bank gerade in den USA und in England erneut ins Visier der Justiz geraten ist und ihr Milliarden-Klagen drohen, weil ihr Betrug vorgeworfen wird, kann den Schweizer Sonnenbankkönig nicht aus der Ruhe bringen. Vom hohen Ross herunter meint er am 5. September in einer Pressekonferenz: »Die sollen uns beweisen, dass da Betrug im Spiel ist. Ich bin sicher, das ist nicht ganz einfach.« Er macht sich also nicht einmal die Mühe, finstere Machenschaften zu leugnen, sondern spottet nur: »Catch me, if you can!«

Ackermann könnte man als die europäische Galionsfigur eines völlig entarteten, pervertierten Wirtschaftssystems bezeichnen, das die oberen zehn Prozent der Einkommens-Pyramide immer reicher, und die anderen 90 Prozent immer ärmer macht. Während die meisten Europäer in den vergangenen drei Jahren ums nackte Überleben kämpften, lacht Ackermann sie einfach aus.

Verdiente er 2008, also zu Beginn der so genannten »Bankenkrise« gerade mal schlappe 1,4 Millionen Euro, so war die Summe seiner sämtlichen Bezüge 2009 insgesamt fast 9,6 Millionen Euro! Das entspricht einem Plus von 580 Prozent, wie Focus money online (5), am 16.03.2010 berichtet. Demnach waren rund 1,3 Millionen Euro fix, der Rest waren Boni in Form von Bargeld und Aktien; nicht alles sofort ausbezahlt, sondern nach und nach, abhängig vom Erreichen bestimmter Ziele – und die will Ackermann mit allen Mitteln erreichen. All das wird mittels Ihrer freundlichen Spenden finanziert, liebe Deutsche-Bank-Kunden!

»Das Argument der Systemrelevanz von Geldhäusern und Euroländern ist«, so Schachtschneider weiter im Interview, »an den Haaren herbeigezogen. Keinesfalls ist es ein Rechtsprinzip. >Erpresst< werden die Völker von ihren Regierungen. Das ist nur möglich, weil sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten weit von der Demokratie entfernt haben.«

## >Bittere Wahrheit<

Und während in Europa die Umverteilung von unten nach oben immer weiter geht, während immer mehr Menschen ihre Arbeit, ihre Ersparnisse, ihre Lebensgrundlagen verlieren, während Hunderttausende in den südlichen Ländern demonstrieren und es immer wieder zu Ausschreitungen kommt, wird in Mitteleuropa völlig weltfremd weiter über Hilfsmaßnahmen und Rettungspakete diskutiert und abgestimmt.

Als am 29. September der Bundestag über die Erhöhung des Euro-Rettungsschirms abstimmt, sind die Medien voll mit Berichten über die genauen Abstimmungsergebnisse der einzelnen Fraktionen, aber keiner der gut bezahlten »Journalisten« macht sich Gedanken darüber, was die Erweiterung der Haftung Deutschlands auf einen Betrag in Höhe von 211.000.000.000 € eigentlich bedeutet? Woher würde Deutschland das Geld für die Rettung seiner Nachbarn im Notfall nehmen? Richtig: als Kredit von Banken! Damit andere Staaten ihre Schulden bei eben diesen Banken tilgen können! Was ist also das Problem bei der Sache? Richtig: die Banken!

Aber Millionen von Menschen sitzen vor ihren Fernsehern, ergeben sich der Gehirnwäsche der Massenmedien, beschweren sich darüber, dass alles immer teurer wird, und tragen ihr Geld weiter zur Bank. Die Masse der Mitteleuropäer hat offenbar noch immer nicht den Ernst der Lage begriffen. Wenn sie nicht bald ihr Hirn einschalten und vom Stand-by-Modus in den Betriebszustand wechseln, könnte es zu spät sein (6).

Die »Neue Weltordnung« ist nur noch einen Schritt entfernt, und sie wird nicht zum Vorteil der 90 Prozent sein, die sich im unteren Teil der Pyramide befinden. Jedes Pyramidenspiel hat nur einen Zweck: die Dummen abzuzocken und sich all ihr Hab und Gut unter den Nagel zu reißen. Im Normalfall sind Pyramidenspiele verboten, nicht aber im Fall von Banken.

Aber nicht nur die Euro-Länder werden systematisch und absichtlich zerstört. Auch die Schweiz musste kürzlich auf Druck von ganz oben ihre eigene Währung und somit ihre Souveränität aufgeben. Auch die USA sind völlig am Boden. Mit dem Unterschied, dass sich dort zumindest Unmut gegen die schier grenzenlose Macht der Banken regt. Denn während die Bevölkerung in unseren Breiten noch schläft, hat sich in Amerika eine Widerstandsbewegung mit dem Namen »OccupyWallStreet« »Besetzt die Wallstreet«) formiert. Seit Mitte September protestieren Tausende von Menschen aller Schichten und Hautfarben in mehreren US-Städten gegen die Banken und deren Machenschaften. (7) Sie besetzen Straßen, Brücken und Parks und zelten vor den großen Bankzentralen. Langsam greift diese neue Bewegung des Unmuts auch auf Europa über. Für den 15. Oktober sind weltweit Proteste gegen das herrschende System und für einen Wandel in unserer Gesellschaft geplant (8).

Noch hätten wir Möglichkeiten zu handeln, noch könnten wir auf die Straßen gehen und demonstrieren, noch könnten wir unseren Politikern schreiben, uns beschweren, Druck machen... noch... Aber all diese Rechte könnten bald dahin sein. Die Demokratie wird in Europa Schritt für Schritt abgebaut. Deutschland hat nicht einmal mehr ein gültiges Wahlrecht! Selbst wenn die Koalition jetzt unter dem Druck zerbrechen würde, so könnte es gar keine Neuwahlen geben (9).

Wenn die 90 Prozent die Verlierer dieses Systems sind und erst einmal in Mitteleuropa mit dem nackten Überleben beschäftigt sind, dann hat keiner mehr Zeit noch Kraft für Revolution. Noch hätten wir die Chance! Fragt sich, ob wir sie gemeinschaftlich nutzen werden? 15. Oktober 2011?

In den USA leben bereits über 44 Millionen Menschen von Lebensmittelmarken, und die Zahl steigt ständig weiter an. In Europa schreitet die Armut ebenfalls rasant voran. Aber wo sind die Demonstrationen in Deutschland oder in Österreich? Was tut man den Menschen hier wohl ins Wasser, um sie so ruhig zu halten?

## >Bittere Wahrheit<

Um nochmals auf Frau von der Leyen zurück zu kommen: Die Vereinigten Staaten von Amerika konnten erst nach einem vierjährigen, blutigen Bürgerkrieg entstehen, dessen Ursache letztlich tiefe wirtschaftliche, soziale und politische Differenzen zwischen den Nord- und Südstaaten waren. Na, klingelt's? Wenn also die Bundesministerin für Arbeit und Soziales die Gründung der »Vereinigten Staaten von Europa« anregt, was könnte sie damit wohl meinen? Oder anders ausgedrückt: worauf will sie uns wohl vorbereiten? Oder um es mit Alessio Rastani zu sagen: »Die Welt wird nicht von Politikern regiert, sondern von Goldman Sachs« – und von einigen anderen Großbanken! Wird Zeit, dass ein paar mehr Mitteleuropäer aufwachen und sich bewegen!<

Quelle: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/europa/michael-morris/bittere-wahrheit.html>